

Wolfgang Scheler

***Konfrontative oder
gemeinsame Sicherheit***

aus:

Gemeinsame Sicherheit –
ein schwieriger Lernprozess

DSS-Arbeitspapiere

Heft 70 - 2004

Prof. Dr. Rolf Lehmann zum 70. Geburtstag am 5. Mai 2004

Inhaltsverzeichnis

		<u>Seite</u>
<u>Grußworte:</u>	Hans Süß, Klaus Freiherr von der Ropp, Wolfgang Demmer, Wolfgang Knorr, Gustav Urbani	7
Hans Modrow	Frieden ist mehr als nur ein Wort ...	17
Werner von Scheven	„Den Menschen dienen heißt ein Leben lang lernen und sagen was ist“	21
Paul Heider	Zu den Ursprüngen der Dresdener Studien- gemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. aus der Sicht eines Militärhistorikers	28
Wilfried Schreiber	Die Botschaft der Akademie wurde gehört – Eine Erinnerung	36
Wolfgang Scheler	Konfrontative oder gemeinsame Sicherheit	52
Hermann Hagena	Angriff die beste Verteidigung? Zur wechselvollen Geschichte dieses Prinzips	61
Horst Großmann	Die „neuen Kriege“ – Logisches und Historisches	73
Max Schmidt	Europäisierung der Friedenssicherung – Macht die OSZE noch Sinn?	85
Lothar Schröter	Anspruch versus Logik militärischer Macht- entfaltung der Europäischen Union (EU)	100
Ernst Voit	Menschenrechte und bewaffnete Intervention	117
Joachim Klopfer	Abrüstung und Rüstungskontrolle – durch Krieg?	126
Siegfried Schönherr	Gemeinsame Sicherheit – zu welchen Kosten?	136
Günther Oppermann	Zur Sicherheit in der Wirtschaft im Spiegel der Thermodynamik	151
Dietmar Schössler	Kasernenstaat Nordkorea	159
Publikationen Rolf Lehmann (Auswahl)		183
Autorenverzeichnis		186

Wolfgang Scheler

Konfrontative oder gemeinsame Sicherheit

Am einem Frühlingstag des Jahres 1989, als noch niemand voraussah, wie dramatisch das Jahr später verlaufen würde, sprang dem Leser des „Neuen Deutschland“ eine Schlagzeile ins Auge, die ihn wohl veranlasste, noch einmal hinzusehen, ob er sich nicht verlesen hatte: **„Hohe Offiziere der NVA und der Bundeswehr beendeten ihre Gespräche in Hamburg“**. Noch nie hatte das Zentralorgan der SED *NVA und Bundeswehr* mit einer Konjunktion verbunden. War von beiden gleichzeitig die Rede, dann in politisch korrekter Form, und das war der ausschließende Gegensatz. Nationale Volksarmee und Bundeswehr in einem Verhältnis der Feindschaft zu sehen, war ja auch nicht bloß eine falsche Vorstellung. Immerhin standen sich beide deutsche Armeen an der Trennlinie zweier gegnerischer Militärbündnisse mit aufeinander gerichteten Waffen gegenüber. Vor allem aber hatten lange Auseinandersetzungen im Kalten Krieg sie geistig auf militärische Gegnerschaft und ideologische Unverträglichkeit ausgerichtet. Ihr Geist, der anti-kapitalistische der einen und der antikommunistische der anderen, hielt jede von ihnen aus Furcht vor einem Angriff des gegnerischen Militärblocks in der Bereitschaft, diese nicht gerade harmlosen Waffen gegeneinander zu führen.

Nun auf einmal das Udenkbare. Sogar hohe Offiziere dieser feindlichen Armeen der beiden deutschen Staaten trafen sich zum Gespräch, noch dazu in Hamburg, auf für die Nationale Volksarmee gegnerischem Boden, und das Sprachrohr der DDR-Staatsführung berichtete darüber positiv. Als ein Stück praktischer Vertrauensbildung habe der Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Egon Bahr, die zweitägigen Gespräche zwischen hohen Offizieren der Nationalen Volksarmee und der Bundeswehr bezeichnet. Gegenstand der Gespräche seien ein System der europäischen Sicherheit, die strukturelle Nicht-angriffsfähigkeit beider Seiten und Probleme der Militärdoktrinen gewesen.

Der Leiter der NVA-Delegation, Generalmajor Prof. Dr. Lehmann, habe eine Einladung des DDR-Verteidigungsministers an die Führungsakademie der Bundeswehr und das Friedensforschungsinstitut übermittelt, die Gespräche an der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden fortzusetzen. Sein Gesprächspartner, der Leiter der Bundeswehrdelegation, Brigadegeneral Dr. Hermann Hagen, habe erklärt, er persönlich würde eine Fortsetzung der Gespräche sehr befürworten. Man sei sich einig gewesen, so Generalmajor Rolf Lehmann, dass in der gegenwärtigen Zeit Kriege in Europa nicht mehr führbar und nicht mehr gewinnbar sind. Ziel beider Seiten sei die Kriegsverhinderung.¹

¹ Siehe, Hohe Offiziere der NVA und der Bundeswehr beendeten ihre Gespräche in Hamburg. In: Neues Deutschland (Berlin) vom 30. März 1989.

Aus dieser ersten Begegnung von Delegationen sich konfrontativ verhaltender deutscher Armeen zum Zwecke der Beendigung der Konfrontation, zur Vertrauensbildung und Kriegsverhinderung ist nicht das hervorgegangen, was in der Absicht der Initiatoren lag, ein System gemeinsamer Sicherheit in Europa. Ganz andere, übergeordnete Prozesse haben das verhindert. Aber dieser Ansatz wird ein Beispiel dafür bleiben, dass es möglich ist, aus verhärteter Konfrontation und Feindschaft auszubrechen und bereit zu sein, Sicherheit gemeinsam mit dem Gegner zu schaffen, Sicherheit für beide.

Dass aus der Begegnung von Repräsentanten gegeneinander gerichteter deutscher Streitkräfte eine Freundschaft der beiden Delegationsleiter und ein kameradschaftliches Zusammenwirken in der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik geworden ist, zeigt wohl besonders anschaulich die Absonderlichkeit, Menschen, die nichtsanderes trennt als eine verschiedene Sozialisation und Staatsbindung, in eine bewaffnete Konfrontation mit tödlichen Konsequenzen zu versetzen. Ich rechne damit, dass dieses Treffen, mit dem ein Tabu im Kalten Krieg und in den deutsch-deutschen Beziehungen gebrochen worden ist, seinen symbolischen Wert behält. Damit meine ich nicht nur den Symbolwert im geschichtlichen Rückblick, sondern mehr noch die Symbolkraft für den noch nicht abgeholten Anspruch, die internationale Sicherheit auf ein neues Prinzip, auf das tragende Prinzip des Miteinander zu gründen.

Gemeinsame Sicherheit – dieses Projekt ist derzeit von der Themenliste der sicherheitspolitischen Debatte gestrichen. Wenn das Syntagma gelegentlich verwendet wird, dann begriffslos nur dem Wort nach, nicht in der Semantik des Begriffs. Die Einen halten die Idee für überholt und der neuen Lage unangemessen. Weil sie aus dem Dilemma entsprungen war, in das der Kalte Krieg zweier Welten geführt hatte, wird sie als gegenstandslos betrachtet, seit es diesen Kalten Krieg mit der Bedrohung des gemeinsamen Untergangs nicht mehr gibt. Das ist die harmlose Version. Die bedrohliche Version ist, dass jene Welt, die den Kalten Krieg gewann, sich nun stark genug wähnt, die eigene Sicherheit wieder auf überlegene militärische Macht zu gründen, mit der die Sicherheit der übrigen Staaten gefährdet wird. Sie bedeutet Rückkehr zur konfrontativen Sicherheit. Im bipolaren Systemkonflikt war mit der Strategie der atomaren Abschreckung das Prinzip konfrontativer Sicherheit auf die Spitze getrieben worden: *Sicherheit durch die Fähigkeit zur garantierten gegenseitigen Vernichtung*. Damit waren all die Anstrengungen, die eigene Sicherheit durch überlegene Kriegsführungsfähigkeit zu erreichen, also auf Kosten der Sicherheit des Gegners, am Endpunkt angelangt und versagten.

Überraschend hatte die zum Äußersten getriebene Konfrontation auf einmal ihr Gegenteil, eine fundamentale Gemeinsamkeit erzeugt, gleiche Sicherheit auf der Basis gleicher Unsicherheit. Gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen blieb als einzige Alternative. Es war ein langer und schwieriger Lernprozess nötig,

bis diese revolutionierende Tatsache zu Bewusstsein kam und das politische Denken revolutionierte. Der in Gang gekommene Lernprozess führte zu einem Paradigmenwechsel im Denken über Krieg und Frieden und ausgehend davon im militärischen Denken. Auch an der Militärakademie brach sich der Paradigmenwechsel Bahn, gefördert und mitgetragen vom Stellvertreter des Chefs für Wissenschaft und Forschung. Dieser hatte lange vor der Hamburger Begegnung die Leitidee erfasst, unter die Egon Bahr das Gespräch stellte, die Idee der gemeinsamen Sicherheit.

Schon als diese Idee uns zum ersten Mal vor Augen kam, brachte sie plötzlich Licht in das Dunkel und eröffnete einen gangbaren Weg der Rettung vor dem atomaren Abgrund. Mit der Entdeckung, dass wir in unserem Denken einen großen Sprung machen müssen, den Sprung von der Abschreckung zum Denken der gemeinsamen Sicherheit, sahen wir auch unsere eigenen Überlegungen und Denkansätze endlich gültig auf den Begriff gebracht. „Es gibt nicht mehr Sicherheit **gegen** den möglichen Feind, sondern es gibt Sicherheit nur noch **mit** ihm zusammen.“² Das schlug ein und wirkte als zündende Idee, die mit logischer Evidenz den Ausweg aus dem Dilemma wies. Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit bewirkte eine kopernikanische Wende im Sicherheitsdenken.

Es blieb auch nicht allein bei einer Revolution im Denken. Einige wesentliche Elemente der neuen Sicherheitskonzeption fanden zumindest ansatzweise Eingang in die politische und militärische Praxis. Hierzu gehörten auf beiden Seiten der Gewaltverzicht – im KSZE-Prozess feierlich erklärt und in verschiedenen Vertragswerken rechtsverbindlich festgeschrieben – , Dialog und Zusammenarbeit anstelle bloßer Abgrenzung und Feindschaft, Vertrauensbildung auf militärischem Gebiet und effektive Rüstungskontrolle. Hinzu kamen auf einer Seite mit der neuen Militärdoktrin des Warschauer Vertrages die Abkehr von der Strategie offensiver Verteidigung und die Hinwendung zur Strategie der defensiven Verteidigung als Vorbedingung für strukturelle Nichtangriffsfähigkeit sowie einseitige Abrüstungsschritte. Schließlich fiel mit dem SPD-SED-Papier *Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit* die ideologische Barriere, die bei der praktischen Umsetzung des neuen Konzepts zu nehmen war.

Heute stellt sich die Frage, ob diese neuartige Sicherheitskonzeption, die aus dem bipolaren System militärischer Konfrontation zweier Gesellschaftssysteme und Machtblöcke hervorgegangen war und dieser konkreten Konstellation gerecht wurde, für die sicherheitspolitischen Bedingungen der neuen Weltlage gegenstandslos geworden ist und der Vergessenheit überantwortet werden kann. Realität ist freilich inzwischen der Rückfall in den Zustand konfrontativer Sicherheit. Die westliche Welt erwartet ihr Heil von Aufrüstung und Umrüstung, von Militärinterventionen und Expeditionskriegen zur Sicherung ihrer vitalen Lebensinteressen.

² Egon Bahr, *Was wird aus den Deutschen? Fragen und Antworten*, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 26.

Allein die eigenen Sicherheitsinteressen bestimmen die Sicherheitspolitik, die des potentiellen Gegners werden nicht bedacht. Von potentiellen Gegnern, so scheint es, ist die Sicherheit des atlantischen Bündnisses der wirtschaftlich und militärisch potenten Staaten nicht mehr, wie es im Systemkonflikt der Fall war, abhängig. *Frei und gefürchtet* kann man ihnen entgegentreten. Die einzige Weltmacht, schon jetzt mit einzigartigen und nahezu weltumspannenden militärischen Fähigkeiten versehen, strebt nach globaler Kriegführungsfähigkeit bei eigener Unverwundbarkeit. „Der entscheidende Hebel, um strategische Überlegenheit zu sichern, heißt Unangreifbarkeit, die selbst schlagfähig bleibt.“³ Diesen Hebel bedienen die Vereinigten Staaten. Das Prinzip einer solchen Sicherheitsstrategie ist: „Je totaler die Sicherheit für die USA, desto totaler die Unsicherheit für den Rest der Welt.“⁴

Dass diese makabre Strategie derzeit die Kraft des Faktischen auf ihrer Seite hat und das sicherheitspolitische Denken des Westens in ihren Sog zieht, garantiert aber nicht ihren Erfolg. Es sind schon manche eigensüchtigen Strategien an den widrigen Verhältnissen gescheitert. Immerhin stellt der *Rest der Welt* die Weltmehrheit, eine überwältigende Mehrheit. Es wird kaum damit zu rechnen sein, dass die anderen großen und vielen kleinen Akteure des Weltgeschehens sich in die ihnen zugedachte Rolle der Ohnmacht und Botmäßigkeit fügen werden. Überdies ist zu bedenken, dass auch die bisher bedrohlichste militärische Konfrontation, der Kalte Krieg, nicht durch Waffen entschieden worden ist, sondern auf einem ganz anderen Kampffeld, auf dem der Wirtschaft, des Wohlstandes und der Menschenrechte. Vielleicht blickt man richtig in die Zukunft, wenn man denkt, „während die Amerikaner sich an ihre Waffen klammern, erobern Chinesen mit Waren die Welt“.⁵ Eine solche zivile Option wäre ja auch für die Europäische Union und für weitere Weltregionen denkbar.

Schon einmal hat das System konfrontativer Sicherheit versagt, weil es in Widerspruch zu neu entstandenen Bedingungen geraten war. Diese neuartigen Bedingungen waren die Tatsachen des Atomzeitalters, die alles vernichtenden Waffen und die Verwundbarkeit der hochtechnologischen Zivilisation. Darin bestand das Wesen der Veränderungen, die ein neues Sicherheitsprinzip notwendig machten. Der bipolare Systemkonflikt mit seinem Auswuchs, dem System der garantierten gegenseitigen Vernichtung, war nur die historisch konkrete Erscheinungsform dieses Wesens. Die Tatsachen des Atomzeitalters, die zum Umdenken zwangen, bestehen nicht nur weiter, sie fallen immer stärker ins Gewicht. Wir leben im Atomzeitalter und müssen in seinen Kategorien denken. Das Atomwaffenarsenal besteht noch immer in der Qualität des Overkill. Und die Funktionen der Lebensfähigkeit hochtechnologisch organisierter Gesellschaften werden immer empfindlicher gegen Zerstörungen.

³ Egon Bahr, Ein Protektorat wird selbständig. In: Die Zeit (Hamburg) vom 31. Mai 2000, S. 6.

⁴ Detlef Junker, Power and Mission. Was Amerika antreibt, Freiburg i. Br. 2003, S. 161.

⁵ Frank Sieren, Der gelbe Riese erwacht. In: Sächsische Zeitung (Dresden) vom 22. November 2003.

Das Prinzip der konfrontativen Sicherheit mit all seinen Implikationen widerspricht daher eklatant den in der heutigen Welt gegebenen Bedingungen für die Sicherheit der Staaten und Gesellschaften, und noch mehr denen einer künftigen Welt.

Zu einer solchen Einsicht zu gelangen, wird erfordern, den unterbrochenen Lernprozess wieder aufzunehmen, einen sicher langwierigen und schwierigen Lernprozess, in dem die Erfahrung uns erneut und nachhaltig von der Untauglichkeit und Gefährlichkeit konfrontativer Sicherheitsstrategien in der heutigen Welt überzeugt. Es gibt prinzipiell nur zwei Möglichkeiten. Setzt der Westen mit militärischer Gewalt und Überlegenheit seine Hegemonialpolitik fort, dann wird die Welt wie im Kalten Krieg weiter im Zustand der Konfrontation und Feindschaft, des Wettrüstens und der Abschreckung, der Kriege und des Gewaltfriedens leben. Die Spirale der Gewalt wird und kann nur enden entweder in der Katastrophe oder in der Einsicht zur Umkehr zu einem neuen System der internationalen Sicherheit.

„Der Krieg darf im Nuklearzeitalter kein Mittel der Politik mehr sein. ... Dem widerspricht jede Politik, die auf Forcierung des Wettrüstens, auf Konfrontation, Streben nach militärischer Überlegenheit, Unverwundbarkeit und globale Hegemonie setzt. ... Friede und Sicherheit im Nuklearzeitalter können nicht mit immer mehr und perfekteren militärischen Mitteln, sondern dauerhaft allein durch politisches Handeln erreicht werden. ... Daher muß gemeinsame und gleiche Sicherheit für alle organisiert werden. Dies verlangt, daß jede Seite die legitimen Sicherheitsinteressen der jeweils anderen mit bedenkt und respektiert.“⁶ Der Text ist alt, aber ist er veraltet? Liest er sich nicht wie die Forderung des Tages?

Auch nach dem Ende des bipolaren Kalten Krieges der Systeme ist ein grundlegender Wechsel zu einem ganz anderen Prinzip der internationalen Sicherheit die einzige Alternative zu militärischer Konfrontation und weiteren Kriegen.⁷

Dieses andere Prinzip, das der gemeinsamen Sicherheit, ist die konstruktive Grundidee für eine zukunftsfähige Sicherheitspolitik und globale Friedensordnung. Auch unter den Auspizien der neuen Weltlage gilt, dass die Gefahren nicht durch den Einsatz militärischer Mittel zu beheben sind. „Was allenfalls Erfolg verspricht,“ so denkt Egon Bahr das Konzept gemeinsamer Sicherheit für die heutigen Bedingungen der Globalisierung weiter, „ist die wachsende Zusammenarbeit von Regierungen in einem globalen Netz der Sicherheit. Diese Zusammenarbeit muss möglichst alle Staaten einbeziehen, Demokratien und Diktaturen, ungeachtet ihrer unterschiedlichen Definitionen von Menschenrechten, ihrer unterschiedlichen

⁶ Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. In: Das verfeimte Dokument. Zum 10. Jahrestag des SPD/SED-Papiers „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 1997, S. 54.

⁷ Siehe Rolf Lehmann, Für ein System gemeinsamer Sicherheit. In: Gegen Terror(ismus) und Krieg. Für gemeinsame Sicherheit und eine gerechte Welt, DSS-Arbeitspapiere, Heft 61 – 2002, S. 49ff.; siehe Wolfgang Scheler, 10 Jahre danach: Neuer alter Krieg oder gemeinsame Sicherheit. In: Für Entmilitarisierung der Sicherheit, DSS-Arbeitspapiere, Heft 50 – 2001, S. 128ff.

Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen. Auf dieser Ebene der globalen Sicherheit sind alle Staaten gut, die sich den globalen Regeln fügen.“⁸

Er sagt auch deutlich, was dem entgegensteht und welcher Staat auf dieser Ebene der globalen Sicherheit nicht gut ist, wenn er weiter schreibt: „Wer den Eindruck erweckt, er könnte mit Raketen oder Raketenabwehr gewinnen oder mithilfe der Nato, gibt sich bestenfalls einer Selbsttäuschung hin. Sie ist das späte Kind des alten Freund-Feind-Denkens, einer Mentalität, der es widerstrebt, sich als Primus inter Pares zu sehen. Die Politik der freien Hand, gestützt auf militärische Macht, will Chancen der Globalität nutzen, aber nicht unbedingt Regeln gegen die Gefahren der Globalisierung beachten. Im Grunde ist die amerikanische Tendenz potentiell konfrontativ, also schwer vereinbar mit dem Sinn echter Partnerschaft und schwer kompatibel mit der Idee der gemeinsamen Sicherheit.“⁹ Darin besteht heute das größte Hindernis für den Umstieg auf das neue Prinzip gemeinsamer Sicherheit, nicht in dem Zusammenstoß von Kulturen verschiedenen Entwicklungsniveaus.

Die heutige Welt ist entgegen den Flausen der Globalisierungsprediger weiterhin geprägt von Nichtübereinstimmung in den Gesellschaftsstrukturen und von gegensätzlichen Wertauffassungen, die fest im Alltagsleben der Menschen verwurzelt sind, und sie wird es noch lange bleiben. Globale Sicherheit kann deshalb nicht auf Wertkonvergenz gegründet werden, was nichts anderes hieße, als dass die dominanten Staaten allen anderen ihre Werte aufzwingen. Ganz im Gegenteil, das Konzept der gemeinsamen Sicherheit geht von der Voraussetzung aus, dass die Partner sich voneinander in ihrer Lebensweise und ihrem Selbstverständnis, in ihren Interessen und ihrer Gesellschaftsverfassung wesentlich voneinander unterscheiden, aber dennoch ein Interesse gemeinsam haben, sicher vor Gewalt und Krieg zu sein. Es mag sein, dass es den stärksten Staaten, vor allem den militärisch übermächtigen so scheint, dies sei nur das Interesse der Schwachen. Wie sich aber gezeigt hat, verleiht allein militärische Hypermacht keine Unverwundbarkeit. Es bringt auch dem Stärksten keine Sicherheit vor Gewalt, wenn er an der falschen Front aufrüstet. Leicht kann militärische Stärke sich in zivilisatorische Schwäche verwandeln.

Sicherheit gemeinsam organisieren verlangt nicht, sich zu mögen oder gegeneinander gerichtete Ansichten und Absichten aufzugeben, es verlangt nur, sich gegenseitig in der gegebenen Verschiedenheit anzunehmen und dies mit dem Willen, die Divergenzen und Konflikte ohne Krieg und Gewalttätigkeit auszutragen, so wie sich die Staaten dazu in der Charta der Vereinten Nationen rechtsverbindlich verpflichtet haben. Im Gegensatz zu dieser Rechtslage gründen aber vor allem die großen und einflussreichen Staaten – allen voran die im Sicherheitsrat mit besonderer Verantwortung für den Frieden betrauten – ihre eigene Sicherheit noch

⁸ Egon Bahr, Ein Protektorat wird selbständig, a.a.O.

⁹ Ebenda.

immer vorrangig auf die Fähigkeit zur Kriegführung. Allein diese Kriegführungsfähigkeit potenter Staaten und Bündnisse, für die die Vereinigten Staaten von Amerika über 400 Milliarden Dollar und die europäischen Verbündeten über 160 Milliarden Dollar im Jahr ausgeben, ist potenzielle Androhung militärischer Gewalt. Vergleicht man diese Zahlen mit der Zahl von etwa 350 Milliarden Dollar, die von den übrigen rund 160 UN-Mitgliedsstaaten, darunter von den Giganten China und Indien sowie dem militärisch immer noch potenten Russland, ausgegeben werden, bekommt man eine Vorstellung davon, wer das militärische Bedrohungspotenzial aufbaut und gegen wen es sich richtet. Strukturell wird mit dieser Kriegsausstattung der internationalen Akteure das System konfrontativer Sicherheit aufrechterhalten und auf ständig höherer Stufe reproduziert. Aus dem strukturellen Gefüge konfrontativer Sicherheit ergibt sich zwangsweise, dass die Dynamik des technischen Fortschritts unaufhaltsam in neue Waffen und neue Systeme der Kampfführung umgesetzt wird und wiederholt zu Revolutionen im Militärwesen führt.

Die derzeitige *Revolution in Military Affairs* hat die Welt nicht sicherer, sondern unsicherer gemacht. Sie hat ihren Protagonisten die Mittel in die Hand gegeben, Vorherrschaft mit High-Tech-Kriegen gegen Staaten zu befestigen, die sich dagegen nicht wehren können. Das schafft einen Antrieb für eine neue Rüstungsdynamik, und die Verführung ist groß, für die erlittene Demütigung mit Mitteln heimzuzahlen, die den High-Tech-Krieger auch auf dem hohen Ross ins Mark treffen. Davor schützt kein noch so starkes Schild. Was den Terrorismus vor allem anstachelt ist der Militarismus der Vereinigten Staaten. Die Rückkehr zum enthemmten Gebrauch des Krieges als Mittel der Politik beeinträchtigt schon jetzt die Sicherheit derjenigen, die sich dieses Mittels bedienen. Die damit in Gang gesetzte Logik kann aber weitaus schlimmere Folgen haben und zu Kriegen führen, gegen die die jetzigen geradezu harmlos erscheinen werden. Die Selbstermächtigung zu Kriegen gegen erkorene Feinde, wie die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika sie proklamiert, kann schließlich auch andere Mächte zu einem analogen Verhalten ermutigen.

Der Dynamik der Destruktion, die nicht Sicherheit schafft, sondern die Unsicherheit verstärkt, zu entrinnen, gibt es nur einen Weg, den Ausstieg aus dem System konfrontativer Sicherheit. Es ist besonders bei den starken globalen Akteuren der blinde Fleck in der Selbstwahrnehmung, der sie hindert zu erkennen, dass die eigenen Sicherheitsinteressen sich dauerhaft nicht gewaltsam gegen die Sicherheitsinteressen der anderen Mitglieder der Weltgemeinschaft durchsetzen lassen, ohne die eigene Sicherheit zu gefährden. Zum anderen wird die Idee, sich gegenseitig in der gegebenen Verschiedenheit anzunehmen und Interessenkonflikte ohne militärische Gewalt gegeneinander zu lösen, vom Zeitgeist gern als realitätsfern abgetan und in das Reich der Träume von einer schönen Welt verwiesen. Der europäische Kontinent aber, auf dem sich früher die dominierenden Staaten in Feindschaft gegenüberstanden und in den furchtbarsten Kriegen

ihre Interessenkämpfe ausfochten, gibt ein Beispiel dafür, dass die Kontrahenten aus schlimmen Erfahrungen lernend heute ihre Sicherheit untereinander ohne militärische Konfrontation und Bedrohung organisieren. Noch ist dieser Prozess nicht abgeschlossen und eine gesamteuropäische Ordnung gemeinsamer Sicherheit nicht errichtet. Aber es „erscheint als Königsweg, wenn Europa seine Schwäche zu seiner Stärke macht, indem es durch Verträge, durch kontrollierbare Bindungen, durch Zusammenarbeit, durch präventive Diplomatie eine Stabilität schafft, in der das Gewicht des Militärischen geringer wird.“¹⁰

Das Gewicht des Militärischen im System der Sicherheit erhöhen oder verringern – darauf läuft letztlich der Gegensatz von konfrontativer und gemeinsamer Sicherheit hinaus. Daher erfüllt Europa im Unterschied zu den Vereinigten Staaten viel bessere Voraussetzungen, nach den Prinzipien der gemeinsamen Sicherheit zu handeln. Es zählt dafür nicht nur die schon benannte Tatsache, dass Europa die Lektion des Krieges und der Destruktivität militärischer Konfrontation lernen konnte und sich in dieser Hinsicht kulturell von den USA unterscheidet. Eine weitere Voraussetzung besteht in seiner spezifischen Stellung, die es als Weltakteur im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten einnimmt. Egon Bahr erklärt sie so: „Bei Spannungen schrumpft der Einfluss Europas, bei Konfrontation verringert sich sein Gewicht, bei Ausbruch offener Gewalt verschwindet es weitgehend. Krieg ist der Feind Europas. Amerika kann auf Kriegsgewinn setzen, Europa muss die Rolle des Militärischen verringern wollen.“¹¹ Das ist ein nüchtern analytisches Urteil, und sein Charme besteht im Aufhellen einer objektiv gegebenen Divergenz, deren Anerkennung es der Europäischen Union ermöglichen würde, sich von der kriegerischen Weltmacht Amerika abzusetzen.

Beurteilt man das tatsächliche Verhalten der Europäischen Union, so kann man erste Anzeichen für die Einsicht erkennen, dass Krieg der Feind Europas ist. Da könnte auch ein Ansatzpunkt dafür liegen, Sicherheit wieder wie schon einmal als Sicherheit vor Krieg zu verstehen. Im Sicherheitsdenken muss **Frieden** wieder das Ziel und der oberste Wert sein. Wenn aber jetzt die Europäische Union in der Sicherheitspolitik ihre Anstrengungen vor allem darauf konzentriert, mit dem Aufbau einer Schnellen Eingreiftruppe militärische Interventionsfähigkeit zu erlangen, scheint das nicht in die Richtung zu weisen, die Rolle des Militärischen verringern zu wollen. Es geht dabei nicht einmal in erster Linie um die Frage, ob die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union sich auch gemeinsame Streitkräfte zum Ziel setzt. Vielmehr ist entscheidend, wozu die Europäische Union Streitkräfte benutzen will, welchen Auftrag sie erhalten und welches ihre militärischen Fähigkeiten sein sollen. Alles, was hierüber aus der bereits beschlossenen Europäischen Sicherheitsstrategie und dem Entwurf einer Europäischen Verfassung zu erfahren ist, zielt auf das Erlangen von Fähigkeiten zu Militärinterventionen außerhalb der Europäischen Union. Dement-

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Egon Bahr, *Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal*, München 2003, S. 131.

sprechend ist auch die in Gang befindliche Umstrukturierung und Umrüstung der Bundeswehr ausgerichtet. Ein System gemeinsamer Sicherheit wird hieraus nicht entstehen.

Wenn die Europäische Union erklärtermaßen weltweit interventionsfähige Streitkräfte aufbaut, müssen das die anderen Staaten nicht als Bedrohung ihrer Sicherheit auffassen? Militärische Interventionsfähigkeit steht im Gegensatz zum Gewaltverzicht. Zum Konzept der gemeinsamen Sicherheit gehörte als eines der Grundelemente die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit (semiotisch besser: Angriffsunfähigkeit). Damit sollten, um den Gewaltverzicht auch in den Militärstrukturen und militärischen Fähigkeiten zu materialisieren, die Angriffsfähigkeit abgeschafft werden und die Streitkräfte strukturell und funktional nur noch zur Abwehr von Angriffen imstande sein. Derzeit werden aber im Gegensatz zum Erfordernis gemeinsamer Sicherheit genau umgekehrt die defensiven Fähigkeiten verringert und die Streitkräfte einseitig mit der Fähigkeit zu offensiven Handlungen ausgestattet. Um es mit den klaren Worten des Vordenkers eines Systems gemeinsamer Sicherheit zu sagen: „Der nüchterne Blick auf die Realität zeigt, daß die Welt für den wünschbaren und nötigen Qualitätssprung nicht reif ist, auch nicht Europa. Man muß von der Wirklichkeit ausgehen, ohne die Vision zu verlieren.“¹² Lernen wir aus den Erfahrungen der Wirklichkeit – ehe es zu spät ist!

¹² Egon Bahr, Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik, München 2000, S. 143.